

# ... bis BEMA

## Sicherstellung in Gefahr – Forderungen der KZVB

Die Wahl ist entschieden. Bei Redaktionsschluss dieses BZB war zwar noch offen, welche Koalition Deutschland demnächst regiert, aber die Zahnärzte haben hohe Erwartungen an die künftige Bundesregierung. Sieben Standespolitiker formulieren sie stellvertretend für den gesamten Berufsstand.

### Honorierung

Dr. Rüdiger Schott: „Die zahnmedizinische Versorgung steht auf der Kippe. Die Wiedereinführung der strikten Budgetierung schreckt junge Kollegen von der Praxisgründung oder -übernahme ab. Sie löst auch nicht die Finanzprobleme der Krankenkassen.“



Unser Anteil an den GKV-Gesamtausgaben liegt nur noch bei rund sechs Prozent. Wir fordern deshalb, die Budgetierung umgehend abzuschaffen und den Zahnärzten alle erbrachten Leistungen vollumfänglich zu vergüten.“

### Telematik-Infrastruktur (TI)

Dr. Marion Teichmann: „Die Telematik-Infrastruktur (TI) muss einen echten Mehrwert für die Praxen und die Patienten haben und vor allem: Sie muss funktionieren. Die Praxen dürfen nicht länger das Versuchslabor für unausgereifte Technologien sein. Die Umwandlung der gematik in eine Digitalisierungsagentur empfinden wir als Entmündigung der Selbstverwaltung. Die Einführung der ‚ePA für alle‘ muss so lange aufgeschoben werden, bis alle offenen Fragen – etwa zum Datenschutz, zur Arzthaftung und zum Bürokratieaufwand – geklärt sind.“



### Medizinische Versorgungszentren (MVZ)

Dr. Jens Kober: „Internationale Finanzinvestoren haben die Zahnmedizin als lukratives Betätigungsfeld entdeckt. Da sich iMVZ überwiegend in den städtischen Ballungsräumen ansiedeln, beschleunigen sie das Praxissterben im ländlichen Raum. Wenn die Einzelpraxis nicht zum Auslaufmodell werden soll, braucht es strengere Regulierungen für MVZ. Die Gründung und der Betrieb eines MVZ sollten ausschließlich Zahnärzten gestattet sein. Ein MVZ-Register kann Klarheit über die Eigentümerstruktur liefern.“



### Selbstverwaltung

Dr. Jürgen Welsch: „In den vergangenen Jahren wurden die Spielräume der KZVen immer weiter reduziert. Auch der Föderalismus wurde im Gesundheitswesen zunehmend ausgehebelt. Wir fordern mehr Kompetenzen für die Bundesländer bei der Gestaltung ihrer Versorgungslandschaft und eine Stärkung der Selbstverwaltung.“



### Nachwuchs

Dr. Romana Krapf: „Jeder zweite Zahnarzt in Bayern ist über 50, fast jeder vierte über 60. Gleichzeitig beobachten wir eine Tendenz zur Anstellung. Wir brauchen politische Entscheidungen, die den jungen Kolleginnen und Kollegen wieder Lust auf die Niederlassung machen.“



### Freiberuflichkeit

Dr. Christian Öttl: „Der freiberuflich tätige Zahnarzt ist der Garant einer qualitativ hochwertigen Versorgung. Er trifft die Therapieentscheidung und orientiert sich dabei am Wohle des Patienten. In iMVZ steht dagegen meist die Gewinnmaximierung an erster Stelle. Wir fordern von der Politik, dass sie die Freiberuflichkeit weiterhin als optimale Form der Berufsausübung im ambulanten Sektor anerkennt.“



### Bürokratie

Dr. Christian Deffner: „Die Bürokratiebelastung hat ein nicht mehr akzeptables Maß erreicht. Gerade kleine und mittlere Praxen sind mit der Vielzahl an Vorschriften überfordert. Wir brauchen deshalb ein Verfallsdatum für alle gesetzlichen Regelungen im Bereich der Zahnmedizin. Vorschriften, die keinen Nutzen haben, müssen automatisch abgeschafft werden.“



Leo Hofmeier